



2019/19 Reportage

<https://shop.jungle.world/artikel/2019/19/geteilter-norden>

Konflikt in Nordirland

Geteilter Norden

Reportage Von **Felix Schilk**

Der drohende britische EU-Austritt gefährdet den Frieden in Nordirland. Der Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken wird schärfer.

Der öffentliche Raum in Belfast ist von der Vergangenheit bestimmt. Martialische Wandbilder, umzäunte und videoüberwachte Monumente, patriotische Beflaggung und Straßenschilder, die anzeigen, ob man sich gerade in einem katholischen oder protestantischen Viertel befindet, halten stets in Erinnerung, dass die Gesellschaft in Nordirland tief gespalten ist. »Die Geschichte ist hier im täglichen Leben immer präsent«, sagt auch Duncan Morrow und lacht, bevor er zu einem historischen Exkurs über den Konflikt zwischen britischen Protestanten und katholischen Iren ausholt. Es gebe hier einen verbreiteten Spruch, sagt Morrow: »Willkommen in Nordirland. Bitte stellen Sie ihre Uhren um 400 Jahre zurück.«

»Der erste Satz, den du hier lernst, lautet: Denen können wir nicht vertrauen.«

Morrow ist Professor am Institute for Research in Social Sciences an der Ulster University in Belfast, die gerade ihre neuen Räumlichkeiten in der Innenstadt bezogen hat. Von der Verlegung des Campus erhofft sich die Stadt eine Wiederbelebung des Zentrums, das unter dem Konflikt stark gelitten hat. Viele Häuser stehen leer und befinden sich in einem schlechten Zustand. Rund um die Hill Street und die neue Waterfront lassen sich jedoch erste Anzeichen von Gentrifizierung beobachten.

Zur Erklärung der historischen Dimension des Konflikts schreibt Morrow drei Jahreszahlen an die Wand. 1492: die Entdeckungsfahrt von Kolumbus. 1517: Luthers Thesen, die Reformation. 1603: der Beginn der Kolonisierung Irlands durch die englische Krone. Durch diese Ereignisse und ihre Folgen geriet die irische Insel aus ihrer Peripherielage ins Zentrum der europäischen Staatenkonkurrenz. »Die protestantischen Engländer fürchteten eine Invasion durch spanische und französische Truppen und wollten die katholische Insel in ihrem Rücken unter ihre Kontrolle bringen. Das fruchtbare Land im Norden wurde konfisziert und an loyale, protestantische Einwanderer neu verteilt.« Die Religionszugehörigkeit sei dabei lediglich ein Indikator für eine komplexe Mischung aus politischen, religiösen und ökonomischen Motiven gewesen, die Morrow auf einen einfachen Nenner bringt: »Loyal, protestantisch, Land. Widerstand, katholisch, kein Land.«



Martialisches Gedenken. Diese Wandmalerei in Belfast erinnert an gefallene paramilitärische Kämpfer der Unionisten.

Bild:
Felix Schilk

Mit der Gründung eines unabhängigen irischen Staats ohne Nordirland im Jahr 1922 modernisierte sich dann die politische Sprache. Aus britischen Protestanten wurden Unionisten, aus irischen Katholiken Nationalisten oder Republikaner mit je eigenen Symbolen, Farben und Geschichtsdeutungen. Weil die Unionisten ihre ökonomischen und politischen Privilegien durch

systematische Diskriminierung der katholischen Bevölkerung und die Manipulation von Wahlkreisgrenzen sicherten, kam es seit den fünfziger Jahren immer wieder zu Protesten und Aufständen, die in den sechziger Jahren zu einem offenen Bürgerkrieg zwischen der Irish Republican Army (IRA) und unionistischen paramilitärischen Gruppen wie den Ulster Freedom Fighters (UFF) sowie der britischen Armee eskalierten. Allein im Jahr 1972, auf dem Höhepunkt der »Troubles«, wie der Bürgerkrieg euphemistisch umschrieben wird, starben 480 Menschen. Von den über 3 500 Opfern des Konflikts gehen etwa 2 000 auf das Konto der IRA. Ordnungskräfte und unionistische Paramilitärs töteten circa 1 500 Menschen. Jeder 20. Bürger Nordirlands wurde während des Konflikts verletzt.

»Ich bin in einer Welt aufgewachsen, in der es jeden Tag Bombenanschläge gab. Wirklich jeden Tag!« erinnert sich Morrow an diese Zeit. Das gegenseitige Misstrauen sitze noch immer tief: »Der erste Satz, den du hier lernst, lautet: Denen können wir nicht vertrauen.«

Das Problem seien stets die anderen.

Immer wieder Karfreitag

Mit dem Karfreitagsabkommen von 1998 wurde der Konflikt provisorisch befriedet. Irland verzichtete auf seine territorialen Ansprüche im Norden. Im Gegenzug ermöglicht das Abkommen ein Referendum darüber, ob sich die Landesteile vereinigen sollen. Die Mehrheit der nordirischen Bevölkerung stimmte schließlich für den Verbleib im Vereinigten Königreich, allerdings boykottierten viele Katholiken das Referendum. Außerdem können sich die Einwohner für die britische, irische oder eine doppelte Staatsbürgerschaft entscheiden. Die gemeinsame EU-Mitgliedschaft der Republik Irland und des Vereinigten Königreiches trug entscheidend zu dieser Lösung bei.

Seit dem Karfreitagsabkommen von 1998 wurde in Nordirland eine Konkordanzdemokratie etabliert. Dabei sollen alle relevanten politischen Kräfte an der Regierung beteiligt werden. Nach dem St-Andrews-Abkommen von 2006 stellten die rechtskonservative Democratic Unionist Party (DUP) und die nationalistische Sinn Féin (SF) eine gemeinsame Regierung im Parlament im Belfast Stadtteil Stormont, obwohl die DUP das Karfreitagsabkommen bis heute nicht unterzeichnet hat. Jede Partei kann die Vorschläge der Gegenseite durch ein Veto blockieren, was häufig geschieht. Seit Januar 2017 boykottieren sich die DUP und SF gegenseitig, so dass Nordirland einen Weltrekord hält: Kein Land der Welt stand bisher länger ohne funktionsfähige Regierung da.



Harte Grenze in Belfast. Mauern und Tore trennen die Wohnbezirke der unionistischen Protestanten von denen der republikanischen Katholiken.

Bild:

Felix Schilk

Auch wenn die blutigsten Zeiten vorbei sind, kommt es auch heute noch immer wieder zu Ausschreitungen und gewalttätigen Konflikten. In Londonderry explodierte im Januar eine Autobombe, zu dem Anschlag, bei dem niemand verletzt wurde, bekannte sich später die paramilitärische Gruppe »Neue IRA«, die das Karfreitagsabkommen ebenfalls ablehnt. In der

Nacht zum diesjährigen Karfreitag wurde in Londonderry, von irischen Nationalisten weiterhin Derry genannt, die Journalistin Lyra McKee durch einen Kopfschuss getötet. Zuvor hatte die Polizei Häuser nach Waffen durchsucht, da sie am Osterwochenende Anschläge durch Splittergruppen der IRA befürchtete. Zu Ostern gibt es traditionell Demonstrationen von irischen Nationalisten, die an den Osteraufstand gegen Großbritannien von 1916 erinnern. Aus Protest gegen die Hausdurchsuchungen kam es zu Ausschreitungen. Als auf McKee geschossen wurde, stand sie gerade in der Nähe von Polizisten, »feindlichen Kräften«, wie die »Neue IRA« später in einem Bekennerschreiben formulierte, denen der Schuss offenbar gegolten hatte.

Opfer und Mauern

In Belfast trennen noch immer Stacheldraht und hohe Betonmauern (»peace walls«) die Wohnbezirke der unionistischen Protestanten von denen der republikanischen Katholiken. Die wenigen Checkpoints, die tagsüber geöffnet sind und den einzigen Zugang zu den angrenzenden Nachbarschaften bieten, werden fast ausschließlich von Touristen benutzt. Lokale Taxifahrer haben vor einigen Jahren das Geschäft mit dem eingefrorenen Konflikt entdeckt und bieten nun Touren durch die schwer zugänglichen Gebiete im Westen von Belfast an. Es ist sicherer, hier motorisiert unterwegs zu sein, denn nach Einbruch der Dunkelheit kommt man nur noch über lange Umwege auf die andere Seite.

»Für die Anwohner gibt es auch keinen Grund, das zu tun«, sagt der emeritierte Soziologieprofessor Bill Rolston. »Jede Seite hat ihre eigenen Schulen, ihre eigenen Tankstellen und ihre eigene Infrastruktur. Es gibt keine sozialen Kontakte zwischen beiden Gruppen. Als Tesco hierhergekommen ist, haben sie gleich zwei Supermärkte eröffnet. Einen hier und einen auf der anderen Seite.« Seit den siebziger Jahren hat Rolston die Segregation der Stadt dokumentiert und populäre Bücher über die murals, die politischen Wandbilder, geschrieben, die sich an vielen Hausgiebeln befinden. Heute führt er Besuchergruppen zu den bekanntesten Motiven und erklärt, wie sich die Darstellungen im Laufe der Zeit verändert haben.

Neben den farbenprächtigen Graffiti gibt es mittlerweile auch riesige Wandtapeten, die künstlerisch oft weniger anspruchsvoll sind und schnell überklebt werden. Häufig sind darauf Opfer von Anschlägen abgebildet, die die IRA beziehungsweise ihre Splittergruppen zu verantworten haben. »Es ist die Pflicht der Überlebenden, Gerechtigkeit für die Toten einzufordern«, steht überlebensgroß auf einer dieser Tapeten im unionistischen Teil der Stadt, »die Abschachtung der Unschuldigen durch die blutgetränkten Hände von Sinn Féin/IRA sollte niemals vergessen werden«. Im gleichen Duktus erinnert die republikanische Seite an den »Genozid« durch unionistische paramilitärische Gruppen und die britische Armee.

»In den letzten 20 Jahren ist Nordirland zusammengewachsen. Der drohende ›Brexit‹ hat die Gesellschaft definitiv wieder gespalten.«

»Auf der Seite der Unionisten gibt es diese Opfererzählungen erst seit kurzem«, sagt Rolston und ergänzt, dass sie intern umstritten seien. »Die UFF hatten versprochen, die Bevölkerung vor der IRA zu schützen. Die Abbildung von Anschlagsopfern ist ein Eingeständnis des eigenen Versagens.« Die IRA integrierte die Erinnerung an Anschlagsoffer und Märtyrer dagegen von Anfang an in ihre politische Propaganda und identifizierte sich mit anderen »progressiven Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt«, wie Rolston die Referenzen an Abdullah Öcalan, Fidel Castro, katalanische und tamilische Separatisten und vor allem die Palästinenser bezeichnet, die entlang der Falls Road und der Divis Street zu finden sind.

Die ehemaligen Kommandanten der republikanischen und unionistischen paramilitärischen Gruppen bestimmen noch immer die Gestaltung der Bilder. »Bewohner und Hauseigentümer können nicht mitentscheiden und müssen sie tolerieren. Wenn dir etwas nicht passt, dann solltest du besser schweigen«, warnt Rolston. Eine Versöhnung wird durch die politische Propaganda systematisch unterlaufen. Lokale Initiativen, die sich für einen Abbau der Mauern einsetzen, beißen seit Jahren auf Granit. Obwohl kaum ein Anwohner eine erneute Eskalation befürchtet, schätzen nicht wenige den Schutz vor Lärm, Kriminalität und Jugendlichen. Außerdem locken die Mauern Touristen in den sonst unattraktiven Stadtteil.

Bedrohter Friedensprozess

In Londonderry, der zweitgrößten Stadt Nordirlands, sind die politischen Lager schon an ihrer Sprache zu erkennen. Die wenigen Unionisten, die hier leben, nennen die Stadt bei ihrem offiziellen Namen. Alle anderen sagen Derry beziehungsweise bewusst neutral Derry-stroke-Londonderry oder gleich Stroke City. Unweit der Straßen der Bogside, wo die britische Armee am »bloody sunday« 1972 13 Demonstrierende erschoss, befindet sich heute das Free Derry Museum, das schon von weitem durch eine große Palästinaflagge erkennbar ist und im Eingangsbereich für die antizionistische BDS-Kampagne wirbt. Neben Patronenhülsen und Granaten der britischen Armee werden den Besuchern auch Gummigeschosse der israelischen Sicherheitskräfte vorgeführt, die keinerlei Bezug zur Ausstellung haben.



Nationalistische Solidarität. Republikanische Wandmalereien an der Divis Street in Belfast.

Bild:

Felix Schilk

Der junge Museumsführer, dessen Großvater von Ordnungskräften getötet wurde, versteht den »bloody sunday« als Chiffre für andere Konflikte, »obwohl die Israelis noch viel schlimmer sind als die britische Polizei«. Das Museum habe aber keine politische Agenda. »Es erzählt die Geschichte, wie sie war. Es versucht die Wahrheit zu zeigen.« Das Konzept stößt auf Resonanz. Einmal sei eine unionistische Delegation zu Besuch gekommen, die in Belfast ein eigenes

Museum eröffnen wolle.

Unweit der Stadt liegt die Grenze zur Republik Irland. Jenseits der Schnellstraße ist der Grenzverlauf nur zu erahnen. Große Ackerflächen liegen auf beiden Seiten der virtuellen Linie, die Tausende Pendler jeden Tag in beide Richtungen passieren. »Etwa 30 Prozent der Menschen in Derry pendeln zur Arbeit in die irische Region Donegal. Etwa genauso viele kommen von dort zur Arbeit nach Derry«, sagt John Boyle, der für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDLP) den Bürgermeister der Stadt stellt. Die Grenzgemeinden haben beim Referendum mit großer Mehrheit für einen Verbleib in der EU gestimmt.

Für die Menschen in der Region ist der drohende EU-Austritt eine Katastrophe. Bereits jetzt haben viele Firmen ihre Sitze in die Republik Irland verlegt. »Die Menschen gehen weg und werden nicht wiederkommen«, klagt Boyle, der in stetem Austausch mit den Verwaltungen in der Republik Irland steht. »Die Unternehmen brauchen Gewissheit, aber dank der britischen Regierung haben wir gerade keine Ahnung, was überhaupt auf uns zukommt.« Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen befürchtet Boyle gravierende psychologische Folgen, sollte eine »harte« Grenze entstehen. »In den letzten 20 Jahren ist Nordirland zusammengewachsen. Der drohende ›Brexit‹ hat die Gesellschaft definitiv wieder gespalten.«

Die EU als Rettung

Obwohl die Fronten zwischen Republikanern und Unionisten völlig verhärtet wirken, ist die politische Interessenlage komplexer, als es auf den ersten Blick scheint. »Zwar verteidigen Irland und Großbritannien lautstark die Interessen ihrer jeweiligen Klientel, aber eigentlich will weder der eine noch der andere Nordirland wirklich haben«, meint Morrow. In der Irish Times schrieb eine Kolumnistin im März, dass die Republik Irland größere Gemeinsamkeiten mit Schottland und England habe als mit dem politisch und ökonomisch dysfunktionalen Norden der irischen Insel und warnte vor einer Vereinigungseuphorie im Süden.

Tatsächlich muss Großbritannien den kleinen, deindustrialisierten Landesteil, in dem ein Drittel der Bevölkerung im öffentlichen Dienst arbeitet, jedes Jahr mit vielen Milliarden Pfund subventionieren, die die Republik Irland kaum aufbringen könnte. »Der Status quo ist ein guter Kompromiss für beide Seiten«, meint Morrow. »Doch der ›Brexit‹ bringt nun all die Fragen wieder auf den Tisch, die durch das Karfreitagsabkommen verdrängt wurden.« Zwar stimmten 55,8 Prozent der nordirischen Bevölkerung für einen Verbleib in der EU, die Wählerschaft ist jedoch extrem polarisiert. Die Wähler der DUP, die den Austritt unterstützt, votierten zu 75 Prozent für den EU-Austritt, die Wähler von Sinn Féin zu 84 Prozent für den Verbleib. Eine Umfrage von 2018 ergab, dass der Großteil der nordirischen Austrittsbefürworter bereit wäre, dafür auch ein Ende des Friedensprozesses in Kauf zu nehmen. Andererseits würde eine Mehrheit der Bevölkerung den Anschluss an Irland einem »harten Brexit« vorziehen.

»Sollte es tatsächlich dazu kommen«, ist John O'Farrell überzeugt, »dann bin ich mir ziemlich sicher, dass der Süden ebenfalls ein Referendum fordern würde. Ich denke nicht, dass dort die Mehrheit der Bevölkerung eine Vereinigung will.« O'Farrell arbeitet für den irischen Gewerkschaftsbund ICTU, der die Gewerkschaften auf der irischen Insel grenzüberschreitend organisiert. Der ICTU unterstützt Theresa Mays Austrittsabkommen, hat sich im Referendum aber proeuropäisch positioniert. »Fast alle progressiven Arbeitsschutzgesetze, die hier gelten, haben wir ausschließlich den sogenannten Bürokraten in Brüssel zu verdanken«, erzählt O'Farrell. Als die britischen Gewerkschaften unter Margaret Thatchers wirtschaftsliberaler

Regierung in die Defensive gerieten, bot die EU-Mitgliedschaft die einzige Möglichkeit, um grundlegende Errungenschaften zu verteidigen.

Für den Gewerkschafter ist der drohende EU-Austritt vor allem eine Lektion für den Journalismus. »Wenn jemand Lügen erzählt, muss man ihn stellen.« Doch die meisten britischen Medien hätten den falschen Behauptungen der Austrittsbefürworter viel Platz eingeräumt und die Probleme, die der Austritt für Nordirland mit sich bringen würde, völlig ignoriert. »Gerade erleben wir eine Krise des englischen Nationalismus, der in Nordirland besonders destruktiv wirkt. Die guten Traditionen der britischen Toleranz und des britischen Sozialismus sind hier spurlos vorübergegangen.« Dann führt O'Farrell eine Redensart an, die in Irland sehr verbreitet ist, nämlich »Murphys Gesetz«, dass alles, was schiefgehen könne, auch schiefgehen werde. »Das ist ziemlich genau das, was gerade passiert.«